



★★★ DAS WICHTIGSTE VOM TAGE AUF EINEN BLICK ★★★

STROM**X** N/A €/MWh

Epex Spot DE-LU Day Base

GAS**X** N/A €/MWh

EEX Spot THE (End of Day)

ZAHL DES TAGES**100.000****POLITIK**Gesetzesnovellen in
Anhörung kritisiert**WINDKRAFT**Pachtdeckel könnte
EEG-Kosten senken**VERANSTAL-
TUNG**KI macht Energie
zum Schlüsselfaktor**Elektroauto-Käufe** wurden seit
Mai dieses Jahres mit dem Pro-
gramm des Bundesumweltmi-
nisteriums zur Unterstützung pri-
vater Haushalte gefördert

Inhalt

TOP-THEMA→ **WIRTSCHAFT:** Next2Sun stellt Insolvenzantrag für zwei Gesellschaften**POLITIK & RECHT**

- **POLITIK:** Gesetzesnovellen in Anhörung kritisiert
- **KLIMASCHUTZ:** Verbände drängen auf pünktlichen ETS-2-Start
- **POLITIK:** Warnung vor Folgen der Energiegesetz-Reformen

HANDEL & MARKT

- **WINDKRAFT:** Pachtdeckel könnte EEG-Kosten senken
- **WÄRME:** Funktionierende Heizungen bremsen den Wechsel
- **JOINT VENTURE:** Buchen und Walldürn bündeln zentrale Aufgaben

TECHNIK

- **VERANSTALTUNG:** KI macht Energie zum Schlüsselfaktor
- **ELEKTROFAHRZEUGE:** 100.000 Elektroauto-Käufe seit Mai gefördert
- **ELEKTROFAHRZEUGE:** Stuttgart führt bei Ladepunktdichte

UNTERNEHMEN

- **STADTWERKE:** DVV-Aufsichtsrat will Schadensersatz von Ex-Vorständen
- **PERSONALIE:** Ampyr bestellt Deutschlandchef für PPA-Geschäft
- **CONTRACTING:** Velero verkauft Wärmegeschäft an Contracting-Dienstleister

- **UNTERNEHMEN:** GSG und Getec gründen G2Energy
 - **STATISTIK DES TAGES:** Förderung für private Wallboxen in Deutschland
-

MARKTBERICHTE

- **MARKTKOMMENTAR:** Mehr Verkehr durch Hormus drückt Gaspreis
-

SERVICE

- **ENERGIEDATEN**
- **STELLENANZEIGEN**
- **REDAKTION**
- **IMPRESSUM**

★ TOP-THEMA

Next2Sun stellt Insolvenzantrag für zwei Gesellschaften



Agri-Solarpark Donaueschingen. Quelle: Next2Sun

WIRTSCHAFT. Next2Sun hat für zwei Gesellschaften Insolvenz in Eigenverwaltung beantragt. Die Projektentwicklung soll nach Angaben des Unternehmens dennoch weiterlaufen.

Die finanziellen Schwierigkeiten bei „Next2Sun“ erfassen nach Angaben des Unternehmens nicht die gesamte Gruppe. Der auf vertikale Photovoltaikanlagen spezialisierte Anbieter mit Sitz im saarländischen Dillingen hat beim Amtsgericht Saarbrücken für die „Next2Sun Technology GmbH“ und die „Next2Sun Mounting Systems GmbH“ Insolvenzverfahren in Eigenverwaltung beantragt. Dies gibt die „Next2Sun AG“ in einer Mitteilung vom 5. Oktober bekannt.

Von der Insolvenz nicht betroffen seien nach derzeitigem Stand die „Next2Sun AG“ und die „Next2Sun Projekt GmbH“, teilt das Unternehmen mit. Die Projekt GmbH werde ihren Geschäftsbetrieb fortführen und sämtliche laufenden Projektentwicklungen weiter vorantreiben. Auch die Projektgesellschaften, die bereits realisierte Agri-PV-Anlagen betreiben, seien nicht insolvent.

Damit konkretisiert „Next2Sun“ erstmals, welche Teile der Unternehmensgruppe von der Insolvenz betroffen sind und wo das Geschäft weiterlaufen soll. Anfang Oktober hatte das Unternehmen bekannt gegeben, dass die zuvor gestartete Finanzierungskampagne nicht genügend verbindliche Mittel eingebracht hatte (wir berichteten). Zwar waren Finanzierungsbeiträge von insgesamt mehr als 5 Millionen Euro zusammengekommen. Zwei größere Investmentzusagen konnten jedoch nicht ausreichend abgesichert werden. Die Aktienemission kam deshalb nicht zustande.

Betrieb soll zunächst weitergehen

Auch bei den beiden Gesellschaften, für die nun Insolvenz beantragt wurde, soll der Geschäftsbetrieb nach Angaben von „Next2Sun“ zunächst fortgeführt werden. Laufende Projekte sollen, wie es aus Dillingen heißt, auf ihre wirtschaftliche Umsetzbarkeit geprüft und nach Möglichkeit weitergeführt werden. Zugleich wolle das Unternehmen weiter nach Investoren suchen. Ziel sei es, möglichst viele Arbeitsplätze und das vorhandene Know-how zu erhalten.

„Next2Sun“ verweist dabei auf bereits vorliegende Investitionszusagen und die Resonanz auf die Finanzierungskampagne. Diese sollen nach Darstellung des Unternehmens eine Grundlage für weitere

Gespräche über eine mögliche Fortführung und Sanierung bilden. Vorstand Heiko Hildebrandt erklärte, „Next2Sun“ werde versuchen, die vorhandenen Möglichkeiten dafür zu nutzen.

Die 2015 gegründete „Next2Sun“-Gruppe entwickelt unter anderem vertikale Agri-PV-Systeme und Solarzäune. Nach eigenen Angaben beschäftigt sie mehr als 140 Mitarbeitende an Standorten in Deutschland, Österreich, Polen und Japan und hat bislang Projekte mit zusammen mehr als 60 MWp umgesetzt. (ds) // VON DAVINA SPOHN

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG

ABWARTEN UND
TEE TRINKEN, WÄHREND DIE
FAHRPLÄNE
VERSENDET WERDEN.

JETZT TERMIN
VEREINBAREN >

ENERGIE IST UNSERE KOMPETENZ.
SOFTWARE IST UNSERE LEIDENSCHAFT.
WIR SIND ZUVERLÄSSIGE PARTNER.

Soptim



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

POLITIK & RECHT



Quelle: Shutterstock / canadastock

Gesetzesnovellen in Anhörung kritisiert

POLITIK. Bei des Bundestagsanhörungen zur EEG-Novelle und zum Effizienzgesetz fordern Verbände Änderungen bei Biomasse, Speichern, Netznutzung und Marktintegration, um Kosten zu senken.

Bei einer öffentlichen Anhörung des Bundestagsausschusses für Wirtschaft und Energie am 5. Oktober zur Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) haben Sachverständige Änderungen am Regierungsentwurf gefordert. Im Mittelpunkt standen die künftige Förderung von Biomasse, die regionale Verteilung des Ausbaus sowie eine stärkere Nutzung von Speichern und Flexibilität.

Ursula Heinen-Esser, Präsidentin beim Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE), betonte, dass sich Investoren auf Rahmenbedingungen verlassen können müssten. Aus diesem Grund verlangte sie von der Bundesregierung ein Bekenntnis dazu, dass die Einspeisevergütung für kleine Dach-PV und kleine Wasserkraft erhalten bleiben müsse.

Das Hauptstadtbüro Bioenergie (HBB) warnte vor einem Rückgang der gesicherten erneuerbaren Kraftwerksleistung. Sandra Rostek, Leiterin des HBB, hält die im Gesetzentwurf vorgesehenen Ausschreibungsmengen für unzureichend. Die Zielmarke von 9.500 MW installierter Leistung im Jahr 2035 reiche nicht aus, um die tatsächlich erzeugte Strommenge aus Biomasse auf dem heutigen Niveau zu halten.

Rostek zufolge müsste die jährliche Ausschreibungsmenge bis 2032 bei mindestens 2.500 MW liegen. Zudem fordert die Branche einen höheren Flexibilitätszuschlag. Dieser solle auf 130 Euro je kW steigen. Als weiteren Kritikpunkt nennt das HBB die verschärften Anforderungen an die Überbauung von Biogasanlagen. Für kleinere Anlagen seien diese wirtschaftlich und technisch teilweise nicht umsetzbar. Rostek fordert deshalb, die verpflichtende Überbauung auf das Zweifache zu begrenzen und die Bagatellgrenze von 350 auf 750 kW anzuheben.

Südquote für Windkraft

Für süddeutsche Windkraftstandorte fordert die EnBW eine Anpassung der Förderbedingungen. Peter Heydecker, Vorstand für nachhaltige Erzeugungsinfrastruktur bei dem Energieversorger aus Karlsruhe,

plädiert für eine Südquote bei zusätzlichen Ausschreibungen und ein Referenzertragsmodell, das schwierigere Standortbedingungen berücksichtigt. Eine ausgewogenere regionale Verteilung könne den notwendigen Netzausbau begrenzen und volkswirtschaftliche Kosten reduzieren, erklärt Heydecker.

Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) setzt dagegen auf einen schrittweisen Rückzug aus der EEG-Förderung. Erneuerbare Energien seien nach mehr als 25 Jahren Förderung in weiten Teilen markt- und wettbewerbsfähig. Der DIHK unterstützt deshalb eine schrittweise Entlassung aus der Förderung, lehnt eine Umstellung auf Differenzverträge jedoch ab. Zugleich fordert der Verband niedrigere Höchstwerte für Gebote bei Windenergie an Land und Solarenergie, um den marktfinanzierten Ausbau zu stärken.

Mehr Flexibilität am Netzanschluss

Der Bundesverband Neue Energiewirtschaft (BNE) setzt ebenfalls auf stärkere Marktintegration. Geschäftsführer Robert Busch fordert unter anderem, bestehende Netzanschlüsse besser auszulasten und zusätzliche Speicher hinter Netzverknüpfungspunkten zu ermöglichen. Nach Vorstellung des BNE sollten Betreiber größere Solaranlagen oder zusätzliche Speicher installieren können, solange die vereinbarte maximale Einspeiseleistung am Netzverknüpfungspunkt unverändert bleibt.

Darüber hinaus kritisiert der BNE eine pauschale Begrenzung von Flexibilität bei Dachanlagen auf 50 Prozent. Steuerboxen ermöglichten eine gezielte Steuerung bei Netzengpässen. Speicher könnten dagegen dazu beitragen, Stromüberschüsse aufzunehmen und in Zeiten hoher Nachfrage wieder einzuspeisen. Der Verband fordert zudem, mittelständischen Unternehmen weiterhin langfristige Stromlieferverträge (Power Purchase Agreements, PPA) mit einer späteren Wechselmöglichkeit in die EEG-Förderung zu ermöglichen.

Energieeffizienzgesetz verursacht Mehraufwand

Neben der EEG-Novelle befasste sich der Ausschuss auch mit der geplanten Änderung des Energieeffizienzgesetzes (EnEg). Der DIHK begrüßt dabei die Streichung oder Abschwächung zahlreicher Schwellenwerte, Fristen und Zusatzanforderungen. Gleichzeitig gehe der Entwurf an mehreren Stellen weiterhin über die europäischen Vorgaben hinaus und verursache dadurch zusätzlichen Aufwand für Unternehmen.

Sebastian Bolay, Bereichsleiter Energie beim DIHK, fordert insbesondere eine klare Definition des Unternehmensbegriffs. Maßgeblich sollte die kleinste rechtlich selbstständige Einheit und deren relevanter Endenergieverbrauch sein. Andernfalls drohten nach Einschätzung des Verbands neue Unsicherheiten und Belastungen, insbesondere für kleinere und kommunale Unternehmen.

Die Anhörungen sind Teil der parlamentarischen Beratungen über die Gesetzesnovellen der Bundesregierung. Parallel liegen Anträge der Fraktionen von AfD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke vor, die unter anderem die Abschaffung des EEG, Änderungen an der Förderung sowie den Verzicht auf Kürzungen fordern. (sh) // **VON SUSANNE HARMSSEN**

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG



genua.

**Schützen,
was uns verbindet.**

IT-Security-Lösungen für eine resiliente Energieversorgung.
Made in Germany. Für unsere digitale Souveränität.

Jetzt handeln >>

Verbände drängen auf pünktlichen ETS-2-Start



Quelle: Pixabay / Malte Reimold

KLIMASCHUTZ. Neun Verbände und der Deutsche Städtetag fordern die Bundesregierung auf, den ETS 2 ab 2028 verlässlich zu starten und sozial abzusichern.

Neun Verbände aus Energie-, Immobilien- und Gebäudewirtschaft sowie der Deutsche Städtetag fordern die Bundesregierung auf, sich für einen verlässlichen Start des europäischen Emissionshandels für Gebäude, Verkehr und kleinere Energie- und Industrieanlagen (ETS 2) zum 1. Januar 2028 einzusetzen. In einem gemeinsamen Appell verlangen sie zudem frühzeitige Versteigerungen von Emissionszertifikaten, eine gezielte Verwendung der Einnahmen sowie die rasche Umsetzung des deutschen Klima-Sozialplans.

Zu den Unterzeichnern gehören der Energieeffizienzverband für Wärme, Kälte und KWK (AGFW), der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), der Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE), der Bundesverband Wärmepumpe (BWP), der Verband kommunaler Unternehmen (VKU), der Zentrale Immobilien Ausschuss (ZIA), der Zentralverband der Deutschen Elektro- und Informationstechnischen Handwerke (ZVEH) und der Verband der Elektro- und Digitalindustrie (ZVEI). Gemeinsam mit dem Deutschen Städtetag warnen sie vor zusätzlichen Unsicherheiten für Investitionen, falls der Start des ETS 2 erneut verzögert wird.

Starttermin 2028 einhalten

Die Verbände verlangen, am 1. Januar 2028 als Starttermin festzuhalten. Der ETS 2 müsse spätestens dann vollständig und einheitlich in allen EU-Mitgliedstaaten gelten. Deutschland solle sich nach ihrer Forderung dafür einsetzen, dass die noch ausstehenden nationalen Umsetzungen zügig abgeschlossen werden.

Ein europäisch einheitlicher CO₂-Preis schaffe gleiche Wettbewerbsbedingungen und erhöhe die Planungssicherheit für Unternehmen, heißt es in dem Appell. Weitere Verzögerungen könnten dagegen neue nationale Regelungen und zusätzliche Unsicherheit bei Investitionen in den Klimaschutz zur Folge haben.

Für Deutschland sehen die Verbände insbesondere im Übergang vom nationalen Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) zum ETS 2 Vorteile. Das derzeitige System führe zu einer nationalen Sonderregelung, während der europäische Emissionshandel für einheitlichere Bedingungen und bessere Möglichkeiten für das Risikomanagement sorgen könne. Gleichzeitig fordern die Unterzeichner technologieoffene und faire Wettbewerbsbedingungen im Wärmemarkt.

Versteigerungen sollen 2027 beginnen

Zudem verlangen die Verbände, die sogenannten Early Auctions wie vorgesehen ab Anfang 2027 durchzuführen. Dabei sollen Emissionszertifikate bereits vor dem offiziellen Start des ETS 2 versteigert werden.

Nach Auffassung der Unterzeichner können die daraus entstehenden Einnahmen genutzt werden, um Investitionen frühzeitig anzureizen. Zugleich entstünden erste transparente Preissignale für Marktteilnehmer. Dies könne dazu beitragen, Preisspekulationen rund um die Einführung des ETS 2 zu begrenzen. Für die Übergangsphase seien nach Ansicht der Verbände klare Regeln erforderlich, um Doppelbelastungen zu vermeiden.

Einnahmen in Wärmewende lenken

Die Erlöse aus dem ETS 2 sollten nach dem Willen der Verbände gezielt in die Transformation der Wärme- und Gebäudesektoren fließen. Investitionen könnten dadurch angereizt, Innovationen unterstützt und die soziale Verträglichkeit der CO₂-Bepreisung verbessert werden.

Eine Verwendung der Einnahmen zur allgemeinen Haushaltsfinanzierung lehnen die Unterzeichner ab. Sie könnte aus ihrer Sicht das Vertrauen in den Emissionshandel schwächen. Transparenz, Planbarkeit und eine nachvollziehbare Mittelverwendung seien dagegen wichtige Voraussetzungen für die Akzeptanz bei den betroffenen Haushalten und Unternehmen.

Klima-Sozialfonds nutzen

Eine weitere Forderung betrifft den europäischen Klima-Sozialfonds. Deutschland stehen daraus nach Angaben der Verbände von 2026 bis 2032 rund 5,3 Milliarden Euro zur Verfügung. Voraussetzung für den Abruf der Mittel ist ein nationaler Klima-Sozialplan.

Die Bundesregierung müsse diesen Plan nach Auffassung der Unterzeichner unverzüglich bei der Europäischen Kommission einreichen und mit konkreten sozialen Förderprogrammen hinterlegen. Damit könnten die Mittel gezielt eingesetzt werden, um Belastungen durch die CO₂-Bepreisung abzufedern.

Die Verbände sehen einen pünktlichen ETS-2-Start, frühzeitige Preissignale und eine verlässliche Verwendung der Einnahmen als zusammenhängende Voraussetzungen für die Wirkung des Emissionshandels. Sie verknüpfen damit sowohl die Erreichung der Klimaziele als auch soziale Tragfähigkeit und langfristige Investitionssicherheit im Wärme- und Gebäudesektor. (sh)

// VON SUSANNE HARMSSEN

[^ Zum Inhalt](#)

Warnung vor Folgen der Energiegesetz-Reformen



Quelle: Deutscher Bundestag / Thomas Imo / photothek

POLITIK. Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther hat in einem Brief an Kanzler Friedrich Merz die von der Bundesregierung geplanten Energiegesetze kritisiert.

CDU-Ministerpräsident Daniel Günther warnt in einem Brief an CDU-Bundeskanzler Friedrich Merz vor den Folgen der geplanten Energiegesetze und fordert eine Kurskorrektur bei den Reformvorschlägen. Er müsse seiner größtmöglichen Sorge Ausdruck verleihen“, schrieb Günther so die Deutsche Presseagentur. Die Pläne der schwarz-roten Bundesregierung hätten „das Potential, der Bundesrepublik und meinem Bundesland zu schaden“.

Nach Angaben der Staatskanzlei wurde der Brief am 1. Oktober verschickt. Die schwarz-rote Bundesregierung plant eine Reihe von Reformen bei der Energiewende, die bei den Ländern teils auf deutliche Ablehnung stoßen. Mit dem Netzpaket möchte das Bundeswirtschaftsministerium den Zubau von Wind- und Solaranlagen besser mit dem Netzausbau abstimmen, um Kosten zu senken.

Wie es weiter heißt, lehnt Günther den sogenannten Redispatchvorbehalt entschieden ab, durch den Wind- und Solaranlagen in Netzengpassgebieten für abgeregelten Strom nicht mehr komplett entschädigt werden sollen. „Der Redispatchvorbehalt ist ein verheerendes Signal für projektierende Unternehmen, finanzierende Institute und unsere Kommunen“, schreibt der Ministerpräsident. Er werde die Kosten im Energiesystem nicht senken, sondern steigen lassen. Es gebe „effizientere Maßnahmen, EE-Ausbau und Netzausbau besser zu harmonisieren“.

Günther kritisiert dem Bericht zufolge auch die geplante Streichung der Einspeisevergütung für private Solaranlagen auf Dächern. Er sei darüber „hochgradig irritiert“, schreibt Günther. „Ich frage mich ernsthaft, ob bei dem vergleichsweise kleinen Segment der Dach-PV der politische Nutzen und Schaden noch im Verhältnis stehen.“

Dach-PV biete den Bürgern „niedrigschwellige Möglichkeiten selbst Teil der Energiewende zu sein“. Wer dies erschwere, „riskiert Akzeptanz und Tempoverlust der Energiewende“. Günther fordert den Bundeskanzler auf, gemeinsam mit den regierungstragenden Fraktionen eine Kurskorrektur bei den vorliegenden Vorschlägen vorzunehmen. // VON DPA

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

HANDEL & MARKT



Quelle: Fotolia / John

Pachtdeckel könnte EEG-Kosten senken

WINDKRAFT. Ein Pachtdeckel für EEG-geförderte Windparks könnte den Bundeshaushalt entlasten. Wie groß der Effekt ausfällt, hängt laut FFE aber stark vom tatsächlichen Pachtniveau ab.

Die im Entwurf des EEG 2027 vorgesehene Begrenzung von Pachtzahlungen für Windenergieanlagen an Land auf 3,5 Prozent des Jahresumsatzes kann die EEG-Förderkosten senken. Dies zeigt ein Kurzugutachten der Forschungsstelle für Energiewirtschaft (FFE) im Auftrag des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU).

Niedrigere Pachten senken die Projektkosten einer Windenergieanlage. Werden diese Kostenvorteile vollständig in niedrigeren Geboten in den EEG-Ausschreibungen weitergegeben, fällt auch der sogenannte anzulegende Wert niedriger aus. Er bildet die Grundlage für die EEG-Förderung. Sinkt er, verringern sich die aus dem Bundeshaushalt zu finanzierenden Förderzahlungen – soweit der Mechanismus hinter dem Pachtdeckel.

Die FFE untersucht Pachtsätze zwischen 2,5 und 30 Prozent des Jahresumsatzes. Die im Gesetzentwurf vorgesehene Obergrenze liegt bei 3,5 Prozent. „Die Szenarien sind keine Prognose der tatsächlichen Pachtentwicklung, sondern bilden die Bandbreite möglicher Pachthöhen ab, vor deren Hintergrund die Wirkung eines 3,5-%-Pachtdeckels eingeordnet werden kann“, schreiben die Forschenden wörtlich in ihren Erläuterungen. Denn belastbare und regional differenzierte Daten zu tatsächlich vereinbarten Pachtsätzen seien für Deutschland nicht in ausreichendem Umfang verfügbar.

Bei einem angenommenen Vergleichspachtsatz von 10 Prozent würde der Deckel den anzulegenden Wert für Windenergieanlagen im Jahr 2030 im Modell von rund 8,3 auf 7,7 Cent/kWh senken. Die jährliche Einsparung würde in diesem Szenario bis 2045 auf rund 1,1 Milliarden Euro steigen; kumuliert ergäben sich rund 13 Milliarden Euro. Bei einem Vergleichspachtsatz von 5 Prozent beziffert die FfE das kumulierte Einsparpotenzial bis 2045 auf rund 3 Milliarden Euro, bei 20 Prozent auf bis zu 37 Milliarden Euro.

Pachtverträge werden bereits nachverhandelt

Entscheidend ist damit, wie hoch die Pachten ohne gesetzliche Begrenzung tatsächlich wären. Laut einer

Stellungnahme des Bundesverbands Windenergie würden Pachtverträge wegen des stärkeren Wettbewerbs in den EEG-Ausschreibungen bereits zu niedrigeren Konditionen nachverhandelt.

Ingbert Liebing erklärt: „Jeder Euro, der nicht in Pachtzahlungen fließt, entlastet den Bundeshaushalt und somit die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler um Milliarden, ohne die Ausbauziele bei der Windenergie zu gefährden.“ Gleichzeitig blieben lukrative Pachteinnahmen für Flächeneigentümer weiterhin möglich und der Windkraftausbau attraktiv, so der VKU-Hauptgeschäftsführer.

Bei einem Pachtsatz von 3,5 Prozent ergeben sich nach der FFE-Modellierung für die betrachteten Beispielanlagen jährliche Pachtzahlungen zwischen rund 24.000 und 37.000 Euro.

Liebing sieht den Pacht-Deckel als „mächtigen Hebel für mehr Kosteneffizienz“. Es sei nicht Aufgabe der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, über das EEG die Flächeneigentümer zu subventionieren. „Wenn wir die gleichen Windausbauziele mit deutlich geringeren Förderkosten erreichen können, sollten wir diesen Hebel nutzen“, so der VKU-Hauptgeschäftsführer.

Die Modellrechnung unterstellt, dass Projektentwickler geringere Pachtkosten vollständig in niedrigere Gebote weitergeben. Die Forschenden weisen darauf hin, dass zusätzliche Rechts-, Nachweis- oder Finanzierungsrisiken den Effekt abschwächen können. Nicht berücksichtigt seien mögliche Reaktionen der Marktakteure, Veränderungen der Standortwahl oder Folgen für die Ausbaugeschwindigkeit. Die FFE ordnet die berechneten Einsparungen deshalb als Potenzialabschätzung unter idealisierten Bedingungen und als Obergrenze der möglichen Einsparungen ein.

Das Gutachten der FfE mit dem Titel „**Auswirkungen von Pachthöhenbegrenzungen für Wind an Land**“ steht auf der Internetseite des VKU zum Download zur Verfügung. // **VON FRITZ WILHELM**

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG

Energie & Management | WEBINAR

Ideen. Heute. Wirkung morgen.

Energievertrieb 2030:

Warum heutige Erfolgsmodelle morgen nicht mehr ausreichen.

01.12.2026 | Online | Mit Benedikt Minge und Jan-Emanuel Brandt von m3 management consulting GmbH

Jetzt kostenfrei anmelden >

m3

Funktionierende Heizungen bremsen den Wechsel



WÄRME. Unter den von Vattenfall befragten Gaskunden schieben viele den Heizungswechsel auf. Zugleich zeigt sich hoher Informationsbedarf und große Unsicherheit.

Quelle: Shutterstock / Sharomka

Mehr als die Hälfte der befragten Vattenfall-Kunden mit einer mindestens 15 Jahre alten Heizung plant derzeit keinen Austausch. Das geht aus dem „Gasbarometer 2026“ des Energieversorgers Vattenfall hervor. Für die Untersuchung befragte das Unternehmen im Juli 12.365 ausgewählte Gaskunden online. Im Fokus standen Haushalte in Ein- und Zweifamilienhäusern, die bislang keine Wärmepumpe besitzen.

Dabei ist die Untersuchung nicht repräsentativ für alle Gaskunden oder Haushalte in Deutschland. Vattenfall wählte die Teilnehmer anhand bestimmter Vertrags-, Haushalts- und Gebäudemerkmale sowie aus verschiedenen Regionen und Netzgebieten aus. Die Ergebnisse beschreiben daher ausschließlich die Antworten dieser Kundengruppe.

Insgesamt verfügen 38 Prozent der Befragten über eine Heizung, die mindestens 15 Jahre alt ist. Von diesen Haushalten wollen rund 51 Prozent ihre Anlage derzeit nicht austauschen. Bei weiteren rund 35 Prozent ist der mögliche Wechselzeitpunkt noch offen. Lediglich etwa 13 Prozent planen einen Austausch innerhalb der kommenden drei Jahre oder setzen ihn bereits um.

„Viele Menschen beschäftigen sich bereits mit ihrer zukünftigen Wärmeversorgung. Bei der konkreten Entscheidung für die passende Heizungslösung besteht jedoch häufig noch Orientierungsbedarf“, sagt Carsten Gerasch, leitender Produktmanager bei Vattenfall. Solange die vorhandene Heizung zuverlässig arbeite, werde die Entscheidung häufig vertagt.



Gasbarometer 2026

(zum Öffnen bitte auf das Dokument klicken)

Quelle: Vattenfall

Funktionierende Anlagen bremsen den Wechsel

Der technische Zustand der bestehenden Anlage spielt laut der Vattenfall-Erhebung eine zentrale Rolle: 88 Prozent der Befragten nennen eine funktionierende Heizung als Hindernis für einen Austausch. Dahinter folgen die hohen Anschaffungskosten mit 46 Prozent. 32 Prozent verweisen auf Unsicherheit über politische Vorgaben, 22 Prozent auf Unsicherheit bei der Wahl eines neuen Heizsystems. Fehlendes Wissen über Alternativen nennen zehn Prozent. Mehrfachnennungen waren möglich.

Umgekehrt wäre ein Defekt für 60 Prozent der wichtigste Anlass zum Handeln. Hohe Energiekosten nennen 49 Prozent als möglichen Wechselgrund. 38 Prozent wollen unabhängiger von Gas und Öl werden, 34 Prozent führen Fördermöglichkeiten an. Umwelt- und Klimaschutz spielen für 20 Prozent eine Rolle.

Besonders ausgeprägt ist der Informationsbedarf bei den Energiekosten. Drei Viertel der Befragten möchten mehr darüber wissen, wie sich die Gaspreise entwickeln. 48 Prozent interessieren sich für mögliche Einsparungen bei den Gaskosten. Informationen über Heizungsalternativen wünschen sich nahezu die Hälfte der Befragten, zu gesetzlichen Vorgaben 37 Prozent. Deutlich seltener gefragt sind Informationen zur Smart-Home-Steuerung mit 15 Prozent und zur Heizungswartung mit zwölf Prozent.

Wärmepumpe liegt bei der Auswahl vorn

Bei der Frage nach einer künftig bevorzugten Heiztechnik erreicht die Wärmepumpe mit 33 Prozent den höchsten Wert. Fast ebenso groß ist allerdings die Gruppe der Unentschlossenen: 31 Prozent haben sich noch auf keine Heizlösung festgelegt. Eine Gasheizung nennen 18 Prozent, eine Gas-Hybridheizung 13 Prozent. Fernwärme kommt in der Befragung auf drei Prozent.

Den hohen Anteil der Unentschlossenen wertet Vattenfall als Hinweis auf weiteren Beratungsbedarf. Viele Hauseigentümer suchten noch „Orientierung bei der Wahl ihrer künftigen Heizlösung“, sagt Gerasch.

Vattenfall verbindet die Befragung zugleich mit eigenen Berechnungen zu den Heizkosten. Nach Angaben des Unternehmens sei eine Wärmepumpe einschließlich Installation und Betrieb über einen Zeitraum von 20 Jahren günstiger als eine neue Gasheizung. Als Gründe nennt Gerasch unter anderem steigende CO₂-Kosten sowie künftig höhere Netzentgelte für verbleibende Gaskunden.

Das „**Gasbarometer 2026**“ lässt sich über die Internetseite von Vattenfall downloaden. (ds)

// VON DAVINA SPOHN

[^ Zum Inhalt](#)

Buchen und Walldürn bündeln zentrale Aufgaben



Quelle: Joachim Wendler / Fotolia

JOINT VENTURE. Die Stadtwerke Buchen und Walldürn im Neckar-Odenwald-Kreis bündeln Abrechnung, Marktprozesse und IT in einer gemeinsamen Gesellschaft. Start ist Anfang 2027.

Die kommunalen Versorger von Buchen und Walldürn im Norden Baden-Württembergs bauen ihre Zusammenarbeit aus. Die beiden Städte im Neckar-Odenwald-Kreis liegen nur rund zehn Kilometer voneinander entfernt. Beide Stadtwerke haben am 29. September einen Konsortialvertrag unterzeichnet – zur Gründung der „KGOW Kooperationsgesellschaft Odenwald GmbH“. Zuvor hatten die Gemeinderäte in Buchen am 7. September und in Walldürn am 28. September dem Vorhaben zugestimmt. Nach der noch ausstehenden Prüfung durch die Rechtsaufsicht soll die Gesellschaft im Oktober formell gegründet werden und zum 1. Januar 2027 ihre Arbeit aufnehmen.

Die neue Gesellschaft soll als gemeinsamer Dienstleister im Hintergrund arbeiten. Die Stadtwerke wollen vor allem energiewirtschaftliche Abwicklungsprozesse zusammenführen, wie die Stadtwerke Walldürn in einer Mitteilung bekannt geben. Dazu gehören die Energieabrechnung gegenüber Endkunden sowie die kaufmännische Abwicklung der Netzbetreiberrollen für Strom und Gas gegenüber externen Marktpartnern. Die Stadtwerke begründen den Schritt mit steigenden regulatorischen Anforderungen und dem wachsenden Aufwand für diese Aufgaben.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Informationstechnik. Beide Unternehmen wollen ihre IT-Kompetenz in der neuen Gesellschaft bündeln. Nach Angaben der Stadtwerke steigen sowohl die Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Systeme als auch an die IT-Sicherheit. Durch gemeinsam genutztes Fachwissen und Personal wollen die Versorger den Betrieb der Systeme absichern und Abläufe effizienter organisieren.

Je zehn Beschäftigte wechseln

Zum Jahreswechsel sollen jeweils zehn Beschäftigte aus Buchen und Walldürn in die neue Gesellschaft wechseln. Die Geschäftsführung übernehmen Fabian Nirmaier und Andreas Stein. Beide Stadtwerke arbeiten bereits heute auf Führungsebene eng zusammen (wir berichteten): Stein führt beide Unternehmen,

Nirmaier ist Prokurist bei beiden Versorgern. Auch der kaufmännische Geschäftsführer Matthias Gruber ist für beide Stadtwerke tätig. Nirmaier arbeitet seit 15 Jahren für die Stadtwerke Buchen, Stein ist seit 17 Jahren als Stadtwerkegeschäftsführer in Walldürn und Buchen tätig. Auch die Teamleitungen der neuen Gesellschaft sollen mit Beschäftigten aus beiden Unternehmen besetzt werden.

Die KGOW tritt nach außen jedoch nicht als neuer Energieversorger auf. Vertragspartner der Kunden bleiben weiterhin die jeweiligen Stadtwerke. Die KGOW soll ausschließlich interne Aufgaben für die beiden Muttergesellschaften übernehmen.

Auch die Eigenständigkeit der beiden kommunalen Unternehmen soll erhalten bleiben, wie es weiter heißt. Gruber beschreibt die Kooperation als Zusammenlegung der „Werkbänke“ im Hintergrund. Der Einfluss der beiden Kommunen auf ihre Stadtwerke bleibe uneingeschränkt bestehen. Entscheidungen über Netze, Preise und die kommunale Verantwortung sollen weiterhin in den jeweiligen Städten und Gremien getroffen werden.

Technik-Geschäftsführer Andreas Stein sieht die Gesellschaft zugleich als Antwort auf einen breiteren Trend bei kleineren und mittleren Versorgern. Viele Stadtwerke beschäftigten sich derzeit mit möglichen Kooperationsformen, erklärt er. Buchen und Walldürn hätten durch ihre bereits bestehende Zusammenarbeit gute Voraussetzungen, weitere Aufgaben gemeinsam zu organisieren. (ds)

// VON DAVINA SPOHN

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

⚙️ TECHNIK



Prof. Dr. Isabell Welpé. Quelle: sag

KI macht Energie zum Schlüsselfaktor

VERANSTALTUNG. Künstliche Intelligenz (KI) steigert den Energiebedarf, kann aber zugleich Prozesse in der Energiewirtschaft deutlich beschleunigen, so Isabell Welpé von der TU München.

Einen neuen Technologiezyklus vergleichbar der Erfindung der Dampfmaschine oder der Elektrifizierung sieht Professorin Dr. Isabell Welpé durch Künstliche Intelligenz heraufziehen. Allerdings verwies sie darauf, dass europäische KI-Modelle bei ihrer Leistungsfähigkeit verglichen mit Modellen aus den USA und China zurückliegen. Damit verbunden seien Fragen nach Abhängigkeit und technologischer Souveränität.

Die Professorin und Leiterin des Lehrstuhls für Strategie und Organisation an der Technischen Universität München (TUM) sprach beim „House of Energy Dialog – Energiewende finanzieren: Kapital, Infrastruktur & KI im Dialog“ bei der ING Bank in Frankfurt am Main. Organisiert wurde die Veranstaltung von der Kasseler Denkfabrik House of Energy und der ING Deutschland.

Ein Schwerpunkt von Welpes Key-Note-Speech war der Bereich der Energieversorgung. Bei internationalen Diskussionen über KI sei Energie inzwischen ein dominierendes Thema, sagte sie. Sie selbst habe beim Weltwirtschaftsforum in Davos in diesem Jahr Aussagen von Bill Gates gehört, der dort auf die zentrale Bedeutung der Energieversorgung für alle Wirtschaftsbereiche hingewiesen habe.

Energie ist Schlüsselthema bei KI-Entwicklung

Welpé führte zudem das Unternehmen „OpenAI“ mit seinem Produkt ChatGPT als Beispiel für den künftig möglichen Energiebedarf der KI-Branche an. Das Unternehmen plane nach ihren Angaben, bis 2031 mehr Energie zu verbrauchen als Deutschland. Für 2034 werde sogar eine Größenordnung genannt, die dem Verbrauch der USA entspreche.

Für sie bleibt Energie damit ein Schlüsselthema der KI-Entwicklung. Gleichzeitig verwies sie auf den bereits bekannten Zusammenhang zwischen Energieverbrauch und Einkommen. Je höher der Energieverbrauch eines Landes pro Kopf, desto höher das Einkommen. „Man muss Energie einsetzen, wenn man wirtschaftlich prosperieren will“, sagte Welpé. Entscheidend sei deshalb, dass ausreichend Energie zur Verfügung stehe.

KI kann nach Welpes Darstellung gleichzeitig dazu beitragen, komplexe Prozesse in der Energiewirtschaft schneller abzuwickeln. Als Beispiel nannte sie PJM, den größten Netzbetreiber Nordamerikas. Dort seien 811 Anträge mit insgesamt 220 GW Erzeugungsleistung mithilfe von KI in weniger als einer Stunde geprüft worden.

Prozesse müssen ganzheitlich angepasst werden

Welpes ergänzte allerdings, dass dieser Geschwindigkeit rund zehn Monate Vorarbeit vorausgegangen sei. Zunächst hätten die bestehenden Systemregeln so aufbereitet und übertragen werden müssen, dass die automatisierte Prüfung möglich wurde. Das Beispiel zeige, dass Unternehmen KI nicht lediglich als zusätzliches Werkzeug einsetzen könnten. Prozesse und Organisation müssten entsprechend verändert werden.

Das gilt nach Ansicht Welpes generell für den Einsatz von KI. Studien zeigten bei einzelnen Tätigkeiten erhebliche Produktivitätsgewinne. In einem von ihr begleiteten Projekt bei einem großen Automobilhersteller seien Beschaffungsprozesse durch KI um 35 Prozent beschleunigt worden. In den Finanzzahlen des Unternehmens habe sich dies zunächst jedoch nicht gezeigt. Der Grund: Ziele, Personal und weitere Abläufe seien unverändert geblieben.

KI könne deshalb erst dann einen messbaren wirtschaftlichen Effekt entfalten, wenn Unternehmen ihre Prozesse insgesamt anpassen. „Ein Unternehmen ist halt ein soziotechnisches System, das in der Gesamtheit transformiert werden muss“, sagte Welpes.

Auch die Arbeit selbst werde sich verändern. Nach Welpes Einschätzung dürften nicht zwangsläufig ganze Berufe verschwinden. Vielmehr könnten einzelne Aufgaben innerhalb eines Berufs von KI übernommen werden. Einen Vorteil des Menschen sieht sie weiterhin beim Erfahrungswissen, bei sozialen Beziehungen und bei Fähigkeiten, die sich nicht vollständig dokumentieren und damit auch nicht einfach von KI erfassen lassen. (sag) // VON STEFAN SAGMEISTER

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG

Energie & Management
Die Plattform für Entscheider der Energiewirtschaft

E&M präsentiert

Energiemanager-Konferenz 2026

Die Konferenz für Energie-Entscheider

Wärmewende | Grüne Gase | Finanzierung | Networking

Mit führenden Stimmen aus Energiewirtschaft, Politik, Finanzierung und Industrie
Top-Speaker. Starke Partner. Praxisnahe Lösungen.

08. Oktober 2026
Spreespeicher Berlin

Jetzt Ticket sichern →

499 €
zzgl. MwSt.
inkl. Mittagessen, Erfrischungen und Award-Abend

energiemanager-online.de

IDEEN HEUTE. ENERGIE MORGEN.

ENERGIE MENSCHEN MÄRKTE PERSPEKTIVEN

STARKE IDEEN FÜR EINE SICHERE ENERGIEZUKUNFT.

100.000 Elektroauto-Käufe seit Mai gefördert



Bericht zur E-Auto-Förderung Quelle: BAFA

ELEKTROFAHRZEUGE. Das Bundesumweltministerium hat seit Mai dieses Jahres 100.000 Förderanträge für neue E-Autos bewilligt. Rund die Hälfte der Antragsteller verdient höchstens 45.000 Euro im Jahr.

Das Förderprogramm des Bundesumweltministeriums zur Unterstützung privater Haushalte beim Kauf oder Leasing von Elektroautos hat Anfang Oktober die Marke von 100.000 Bewilligungen erreicht. Das teilte das Ministerium mit. Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) führt das Programm als zuständige Bundesbehörde durch.

Das Ministerium hatte die Förderung am 19. Mai 2026 gestartet. Anträge können rückwirkend für Fahrzeuge gestellt werden, die seit dem 1. Januar 2026 erstmals in Deutschland zugelassen wurden. Das Programm richtet sich ausschließlich an private Haushalte.

Nach Angaben des Ministeriums entfielen rund 90 Prozent der bislang bewilligten Anträge auf reine Elektrofahrzeuge. Weniger als 10 Prozent betrafen Plug-in-Hybride. Das Programm fördert daneben unter bestimmten Voraussetzungen auch Fahrzeuge mit Brennstoffzellen sowie Plug-in-Hybride und Fahrzeuge mit Range-Extendern, die strenge Klimaschutzanforderungen erfüllen.

Einkommen spielt eine zentrale Rolle

Die Förderung ist sozial gestaffelt und soll insbesondere Haushalte unterstützen, die sich ein Elektrofahrzeug ohne Zuschuss nach Angaben des Ministeriums nicht leisten könnten. Rund die Hälfte der 100.000 Antragsteller verfügt demnach über ein jährliches Haushaltseinkommen von höchstens 45.000 Euro. Rund drei Viertel liegen bei maximal 60.000 Euro Jahreseinkommen.

Kauf und Leasing werden laut Ministerium in etwa gleich häufig gefördert. Die Möglichkeit des Leasings soll dabei auch Haushalten mit geringerem Einkommen den Zugang zu einem Elektroauto ermöglichen.

Bundesumweltminister Carsten Schneider (SPD) wertete das Erreichen der Marke von 100.000 Bewilligungen als Zeichen dafür, dass das Förderprogramm auf Nachfrage stoße. „Das Programm hat die Erwartungen übertroffen“, erklärte Schneider. Es unterstütze Haushalte angesichts hoher Kraftstoffpreise und trage dazu bei, die Abhängigkeit Deutschlands von Ölimporten zu verringern.

Förderung soll vielen dienen

Das Bundesumweltministerium verbindet mit der Förderung mehrere Ziele. Neben dem Klimaschutz soll sie die deutsche Automobilwirtschaft unterstützen und privaten Haushalten den Umstieg auf Elektrofahrzeuge erleichtern. Zudem soll eine zunehmende Elektrifizierung des Straßenverkehrs die Nachfrage nach fossilen Kraftstoffen und damit die Ausgaben für deren Import reduzieren.

Laut Ministerium musste die deutsche Volkswirtschaft zuletzt jährlich mehr als 80 Milliarden Euro für fossile Importe ins Ausland aufwenden. Mit einer zunehmenden Zahl von Elektrofahrzeugen auf den Straßen könne diese Summe sinken. Gefördert werden neue Fahrzeuge, die erstmals in Deutschland zugelassen werden. Voraussetzung ist, dass sie von privaten Haushalten gekauft oder geleast werden. Die Förderbedingungen unterscheiden dabei nach Antriebsart, Einkommen und weiteren Kriterien.

Mit den bislang 100.000 Bewilligungen hat das Programm innerhalb weniger Monate eine beträchtliche Zahl privater Haushalte erreicht. Die Verteilung der Anträge zeigt zugleich, dass neben reinen Elektrofahrzeugen auch Plug-in-Hybride sowie Kauf und Leasing Bestandteil der bisherigen Nachfrage sind.

Der **Bericht des BAFA zur E-Auto-Förderung** steht als PDF zum Download bereit. (sh) // VON SUSANNE HARMSEN

[^ Zum Inhalt](#)

Stuttgart führt bei Ladepunktdichte



Ladesäulenatlas 2026 Quelle:
Einskommafünfgrad

ELEKTROFAHRZEUGE. Die Zahl öffentlicher Ladepunkte in Deutschland ist binnen eines Jahres um 24 Prozent gestiegen. Eine Auswertung von Einskommafünfgrad zeigt jedoch große regionale Unterschiede.

Deutschland verfügt über mehr als 209.000 öffentliche Ladepunkte. Das geht aus aktuellen Daten der Bundesnetzagentur hervor, die das Hamburger Energieunternehmen Einskommafünfgrad für seinen Ladesäulenatlas 2026 ausgewertet hat. Demnach waren zum 1. September 209.136 öffentliche Ladepunkte registriert, darunter 150.316 Normalladepunkte und 58.820 Schnellladepunkte. Gegenüber dem Vorjahr stieg die Dichte des öffentlichen Ladenetzes um rund 24 Prozent.

Einskommafünfgrad hat für die 107 kreisfreien Städte und 294 Landkreise die Zahl der Ladepunkte je 100 Quadratkilometer berechnet und die Entwicklung gegenüber dem Vorjahr verglichen. Dabei zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Regionen.

Bei den kreisfreien Städten liegt Stuttgart mit großem Abstand vorn. Auf Rang zwei folgt Regensburg mit einem Plus von 19 Prozent. München liegt mit ebenfalls 19 Prozent Wachstum auf dem dritten Platz. Die geringste Ladepunktdichte unter den kreisfreien Städten weist Suhl in Thüringen auf. Dort kommen 53 Ladepunkte auf 100 Quadratkilometer, sechs Prozent mehr als im Vorjahr.

Ungleichmäßiger Ausbau

„Der Aufwärtstrend bei den Ladepunkten ist ein positives Signal“, sagt Jannik Schall, Produktchef und Mitgründer von Einkommafünfgrad. Die Infrastruktur wachse jedoch ungleichmäßig. Während Metropolen bereits eine hohe Dichte aufwiesen, gebe es in kleineren Städten und ländlichen Regionen weiterhin Nachholbedarf.

Auch bei den Landkreisen hat sich die Rangfolge verändert. Der Kreis Mettmann in Nordrhein-Westfalen erreichte mit 344 Ladepunkten und einem Wachstum von 40 Prozent den ersten Platz. Der Landkreis Böblingen in Baden-Württemberg folgt mit 328 Ladepunkten und einem Plus von 19 Prozent. Auf Rang drei liegt der Main-Taunus-Kreis mit 281 Ladepunkten und einem Wachstum von 15 Prozent. Schlusslicht ist wie im Vorjahr der Landkreis Prignitz in Brandenburg mit 3,5 Ladepunkten je 100 Quadratkilometer.

Am unteren Ende des Rankings stehen mehrere ostdeutsche Flächenländer. Thüringen kommt auf 26 Ladepunkte je 100 Quadratkilometer, Sachsen-Anhalt auf 18, Brandenburg auf 17 und Mecklenburg-Vorpommern auf 14. Damit bleibt trotz teilweise hoher prozentualer Zuwächse ein deutliches Ost-West-Gefälle bestehen.

Wallbox lohnt sich

Einkommafünfgrad verweist zugleich auf die Bedeutung des Ladens am eigenen Wohnort. Nach Angaben des Unternehmens kostet das Laden an einer öffentlichen Normalladesäule derzeit durchschnittlich 58 Cent je kWh, an einer Schnelladesäule 62 Cent. Haushaltsstrom kostete 2026 im Durchschnitt 37 Cent je kWh. Für Strom aus einer Photovoltaikanlage setzt das Unternehmen rund sechs Cent je kWh an.

„Auf dem Land gibt es deutlich weniger öffentliche Ladepunkte, dafür sind die Bedingungen für eine eigene Wallbox häufig ideal“, sagt Schall. Eine intelligente Steuerung könne das Laden in Zeiten niedriger Strompreise verlagern. Perspektivisch könne sie auch bidirektionales Laden ermöglichen, bei dem Strom aus dem Elektroauto wieder ins Netz eingespeist wird.

Gesetznovelle könnte bidirektionales Laden erschweren

Kritisch sieht Einkommafünfgrad den geplanten Umgang mit der Einspeiseleistung von PV-Anlagen. Nach Angaben des Unternehmens sieht der aktuelle Regierungsentwurf zur Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) vor, dass Haushalte mit neuen Solaranlagen dauerhaft höchstens 50 Prozent der Anlagenleistung ins Netz einspeisen dürfen. Die Regelung soll laut Unternehmen den gesamten Hausanschluss betreffen und damit auch Batteriespeicher und Elektroautos erfassen.

Schall warnt, dass eine solche Begrenzung das Potenzial von Batteriespeichern und bidirektionalem Laden einschränken könne. Aus Sicht von Einkommafünfgrad sollten Haushalte ihre Erzeugungsanlagen, Speicher und Elektrofahrzeuge möglichst flexibel einsetzen können, um Strombezug und Netznutzung an die jeweiligen Bedingungen anzupassen.

Der [deutsche Ladesäulenatlas 2026](#) steht im Internet bereit. (sh) // VON SUSANNE HARMSSEN

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

UNTERNEHMEN



Quelle: Fotolia / nmann77

DVV-Aufsichtsrat will Schadensersatz von Ex-Vorständen

STADTWERKE. Nach einem Zwischenbericht externer Anwälte bereitet der Duisburger Versorger Schadensersatzforderungen gegen zwei frühere Vorstände vor. Möglicher Schaden: 5,3 Millionen Euro.

Die Aufsichtsräte der Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (DVV), der Stadtwerke Duisburg AG und der Duisburger Verkehrsgesellschaft AG (DVG) wollen gegen die früheren Geschäftsführer und Vorstände Marcus Wittig und Axel Prasch weitere rechtliche Schritte einleiten. Wie aus einer Mitteilung der DVV hervorgeht, haben die Gremien in Sondersitzungen einstimmig beschlossen, Schadensersatzforderungen vorzubereiten. Zudem seien gegen beide Manager erneut Kündigungen, diesmal „aus wichtigem Grund“, ausgesprochen worden.

Grundlage ist nach Angaben der DVV ein erster Zwischenbericht externer Rechtsanwaltskanzleien. Diese waren vom Aufsichtsratsvorsitzenden, Oberbürgermeister Sören Link, Mitte Januar 2026 nach einem anonymen Hinweis mit einer entsprechenden Untersuchung beauftragt worden. Nach Einschätzung der Anwälte hätten sich die Verdachtsmomente der Untreue in besonders schwerem Fall sowie der Begünstigung damaliger Betriebsratsmitglieder gegen Wittig und Prasch weiter konkretisiert.

Den möglichen Schaden beziffern die Anwälte laut Unternehmen vorläufig auf rund 5,3 Millionen Euro. Noch offen sei allerdings, welche Einzelpositionen möglicherweise verjährt und daher nicht mehr zurückzufordern seien. Die Untersuchung ist nach Unternehmensangaben noch nicht abgeschlossen.

Die bisherigen Ermittlungen hätten ergeben, dass die beiden früheren Vorstände in sieben Fällen überhöhte Vergütungen oder unangemessene Nebenabreden angewiesen oder gebilligt haben. Fünf dieser Fälle betreffen frühere Betriebsratsmitglieder. Deren Vergütungen, Sonderzahlungen und Abfindungen sollen zum Teil deutlich über dem Gehaltsniveau für vergleichbare Stellen und über der betriebsüblichen Entwicklung gelegen haben. Sachliche Rechtfertigungen dafür, etwa besondere Leistungen oder passende Vergleichsgruppen, seien bislang nicht festgestellt worden.

In zwei weiteren Fällen geht es laut DVV um Mitarbeiter, die über mehrere Jahre keine erkennbare und dokumentierte Arbeitsleistung erbracht haben sollen. Beide hätten „Nähebeziehungen“ zu früheren Betriebsratsvorsitzenden gehabt. Ihre Arbeitsorte seien jeweils an die privaten Wohnsitze verlegt worden,

die Gehälter aber ohne nennenswerte Gegenleistung weitergezahlt worden – in einem Fall über sieben, im anderen über achteinhalb Jahre.

Nach Bekanntwerden der bisherigen Ermittlungsergebnisse habe der Konzern, soweit rechtlich möglich, Verträge beendet und Zahlungen zurückgefordert. Die externen Anwälte sollen nun sämtliche Verdachtsmomente weiter prüfen. Die Staatsanwaltschaft werde fortlaufend über Ergebnisse und Fortgang informiert. Der Ermittlungsstand in den einzelnen Fällen sei unterschiedlich, teilte die DVV mit. Wegen der noch laufenden Untersuchung will das Unternehmen derzeit keine weiteren Angaben zur Sache machen.

// VON FRITZ WILHELM

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG

ENERGIEJOBS
**DAS KARRIEREPORTAL FÜR
 DIE ENERGIEWIRTSCHAFT**

Rekrutieren Sie zielgenau in der
 Strom-, Gas- und Wasserwirtschaft.

Energietechnik Erneuerbare Energien Energemanagement

08152 93 11 88 www.energiejobs.online

Ampyr bestellt Deutschlandchef für PPA-Geschäft



Moritz Wickert ist neuer Managing Director Deutschland bei Ampyr Distributed Energy.
 Quelle: privat

PERSONALIE. „AMPYR Distributed Energy“ hat einen Managing Director Deutschland bestellt. Zugleich plant der Betreiber dezentraler Anlagen Investitionen in dreistelliger Millionenhöhe.

Moritz Wickert leitet seit dem 1. Oktober 2026 das deutsche Geschäft von Ampyr Distributed Energy (ADE). Er soll als neuer Managing Director Deutschland vor allem den Ausbau des PPA-Geschäfts hierzulande vorantreiben. Das Unternehmen will mehrere hundert Millionen Euro in dezentrale Energielösungen für Industrie- und Gewerbekunden in Deutschland investieren.

Wickert war zuvor Geschäftsführer der „GARBE Renewable Energy – GREEN GmbH“ und verantwortete dort den Aufbau und die Skalierung von Dach-PV- und Speicherlösungen für Gewerbeimmobilien. Zuvor war er in

verschiedenen leitenden Funktionen entlang der Wertschöpfungskette erneuerbarer Energien tätig, von der Projektentwicklung und dem Bau bis zum Asset Management und langfristigen Betrieb.

ADE ist ein Betreiber von dezentralen Energieanlagen in Großbritannien und Europa. Das Unternehmen finanziert, errichtet und betreibt erneuerbare Energieinfrastruktur für Gewerbe- und Industriekunden. Mit einer Projektpipeline von über 1.000 MW hat ADE nach eigenen Angaben bislang Verträge über 250 MW an Projekten im Bereich erneuerbare Energien an 200 Standorten abgeschlossen.

Deutschland ist PPA-Wachstumsmarkt

Deutschland zählt für ADE zu den strategischen Wachstumsmärkten, teilte das Unternehmen dazu am 5. Oktober mit. Ampyr Distributed Energy ist seit rund einem Jahr im deutschen Markt aktiv. Im Mittelpunkt des weiteren Ausbaus stehen Onsite-Lösungen aus Photovoltaik und Batteriespeichern auf Basis langfristiger Power Purchase Agreements (PPAs). „Der deutsche PPA-Markt kommt in Bewegung“, sagt Moritz Wickert. „Immer mehr Unternehmen suchen langfristige, wirtschaftliche Lösungen für erneuerbare Energie am eigenen Standort.“

ADE will laut dem neuen Deutschland-Chef eine Angebotslücke schließen: „Viele Industrie- und Gewerbeunternehmen wollen ihre Energiekosten langfristig besser kalkulieren und ihre Versorgung stärker auf erneuerbare Energien umstellen. Gleichzeitig wollen oder können sie nicht selbst Millionenbeträge in Energieinfrastruktur investieren und diese über 20 oder 25 Jahre betreiben“, sagte Wickert. Entsprechend groß sei die Nachfrage „nach verlässlichen Partnern, die über die gesamte Laufzeit die Projektverantwortung übernehmen“.

Zuvor stieg im Sommer dieses Jahres der internationale Infrastrukturinvestor Stonepeak bei Ampyr mit ein. Die zusätzliche Kapital soll auch Spielraum für weiteres Wachstum im deutschen Markt schaffen. ADE gehört zur AGP Group, einem Investor und Asset-Manager. (hr) // VON HEIDI ROIDER

[^ Zum Inhalt](#)

Velero verkauft Wärmegeschäft an Contracting-Dienstleister



Quelle: Shutterstock / Boiko Y

CONTRACTING. Der Immobilienmanager Velero hat seine Tochtergesellschaften Velero Energy Services GmbH (VES) und Contherma GmbH an den auf Energiecontracting-Anbieter „FASTR“ verkauft.

Velero hat die Tochtergesellschaften Velero Energy Services GmbH (VES) und Contherma GmbH an den auf Energiecontracting-Anbieter Fastr verkauft, teilte das Unternehmen am 5. Oktober mit. Zur Transaktion gehören zudem bestehende Fernwärme- und Contractingverträge mit Drittanbietern. Insgesamt umfasst das Wärmeportfolio rund 6.000 Wohneinheiten.

Fastr übernimmt damit nach eigenen Angaben die Modernisierung und den Betrieb der Wärmeversorgungsanlagen im Velero-Portfolio. Ziel ist es, die Modernisierung zu beschleunigen und die Wärmeversorgung der Bestände schrittweise zu dekarbonisieren. Velero bleibt jedoch in die strategischen Entscheidungen über zukünftige Investitionen und Modernisierungsmaßnahmen eingebunden.

Fastr will seine Erfahrungen im Energiecontracting in das Wohnungsportfolio von Velero mit einbringen. „Gemeinsam mit Velero können wir langfristige Lösungsansätze entwickeln und das Ziel der Dekarbonisierung des Gebäudebestands gemeinsam realisieren“ sagte Alexander Milde, Interim-CEO der Fastr-Gruppe.

Das Immobilienmanagement-Unternehmen Velero wurde 2015 gegründet und hat seinen Hauptsitz in Berlin. Derzeit verwaltet Velero ein Portfolio von rund 24.000 Wohneinheiten in etwa 150 Städten.

Der Energiedienstleister Fastr hieß bis zum Juni dieses Jahres EGC Energie- und Gebäudetechnik-Control. Der Umbenennung war ein Umbruch bei den Eigentumsverhältnissen. Im März 2025 hatte der US-Finanzinvestor Kohlberg Kravis Roberts, kurz KKR, eine Mehrheit an dem Düsseldorfer Unternehmen übernommen. Seither ist EGC durch Zukäufe gewachsen. (hr) // VON HEIDI ROIDER

[^ Zum Inhalt](#)

GSG und Getec gründen G2Energy



Quelle: Pixabay / Mohamed Hassan

UNTERNEHMEN. Der Berliner Büro- und Gewerbeflächenvermieter GSG und die Getec gründen eine gemeinsame Gesellschaft. Das Joint Venture „G2Energy“ soll die Immobilien der GSG energetisch sanieren.

Die GSG Berlin und der Energiedienstleister Getec bündeln ihre Zusammenarbeit bei der Dekarbonisierung in einem gemeinsamen Unternehmen. Das Joint Venture „G2Energy GmbH“ (G2E) soll die Energieversorgung von GSG-Immobilien in Berlin schrittweise neu aufstellen. Dafür wollen die beiden Unternehmen für die einzelnen Gewerbehöfe des Berliner Vermieters standortspezifische Energiekonzepte erstellen.

Insgesamt betrifft die Zusammenarbeit zunächst 16 GSG-Gewerbehöfe mit zusammen rund 270.000 Quadratmetern Mietfläche, teilten die Partner dazu mit. Dafür sind bis ins Jahr 2031 Investitionen in Höhe von mehr als 20 Millionen Euro vorgesehen. Im Rahmen der Zusammenarbeit sollen CO₂-Emissionen um rund 4.900 Tonnen pro Jahr beziehungsweise um 80 bis 90 Prozent reduziert werden.

Gemeinsames Unternehmen bündelt Investitionen

Das Gemeinschaftsunternehmen G2E soll die dafür nötige gemeinsame Struktur für Planung, Finanzierung und Betrieb schaffen. „Mit G2E schaffen wir die Grundlage, um standortspezifische Energielösungen über ein größeres Portfolio hinweg wirtschaftlich umzusetzen“, sagt Sebastian Blecke, operativer Geschäftsführer der GSG Berlin.

Für Mietende soll die Transformation ohne Mehrbelastungen erfolgen und zugleich zu einer höheren Planbarkeit der Wärmekosten beitragen. Die GSG Berlin reagiert nach eigenen Aussagen damit auch auf langfristig steigende Kostenrisiken fossiler Energieträger und der CO₂-Bepreisung. Die GSG Berlin und Getec wollen für die einzelnen Gewerbehöfe jeweils Lösungen entwickeln, die sich an den Gebäuden, den Nutzungen und den infrastrukturellen Voraussetzungen vor Ort orientieren.

Referenzstandorte entstehen

Ein bereits umgesetzter Referenzstandort ist der Econopark Pankstraße mit rund 45.000 Quadratmetern Fläche. Dort haben die GSG Berlin und Getec die zuvor vollständig gasbasierte Wärmeversorgung auf Luft-Wasser-Wärmepumpen und Pelletanlagen umgebaut. Auch am Standort Zossener Straße haben die GSG Berlin und Getec bereits ein standortspezifisches Wärme- und Kältekonzept umgesetzt beziehungsweise vorbereitet. Mit rund 500 kW Wärme- und 500 kW Kälteleistung kommt dort eine Kombination aus Kälteanlagen und Kraft-Wärme-Kopplung zum Einsatz.

Auf diesen Erfahrungen soll G2E nun aufbauen und die Dekarbonisierung auf die weiteren Standorte übertragen. Dabei soll die Infrastruktur nicht zwangsläufig an den Grundstücksgrenzen der GSG Berlin enden. Wo die technischen, wirtschaftlichen und regulatorischen Voraussetzungen gegeben sind, könnten perspektivisch auch benachbarte Immobilien angebunden und mit Wärme beziehungsweise Kälte versorgt werden, teilte die Unternehmen dazu weiter mit.

Die GSG Berlin ist ein privater Büro- und Gewerbeflächenvermieter Berlins. Das Portfolio umfasst Flächen von 20 bis 20.000 Quadratmeter Größe zur Nutzung als Produktionsstätte, Büro, Werkstatt oder Lager in Gewerbehöfen und Gewerbeparks. In den über 40 innerstädtischen Liegenschaften der GSG Berlin haben sich mehr als 1.500 Unternehmen angesiedelt. (hr) // VON HEIDI ROIDER

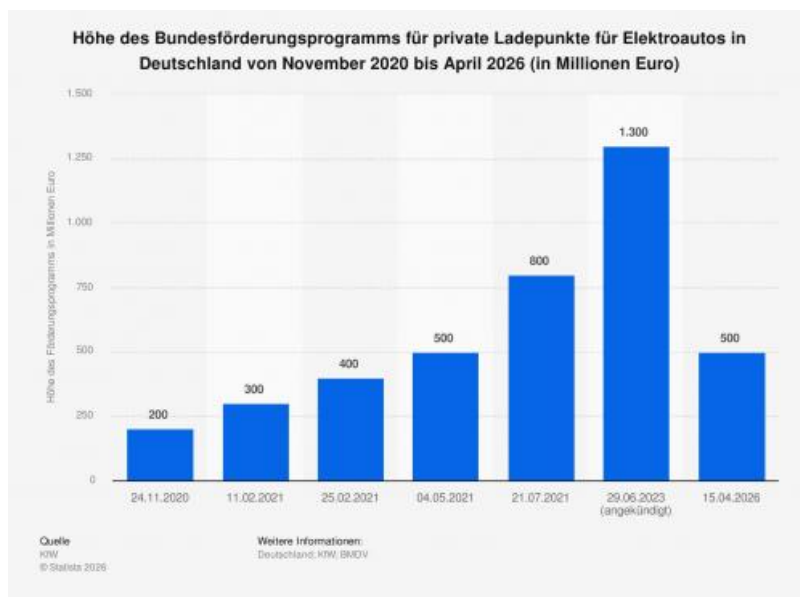
[^ Zum Inhalt](#)

Förderung für private Wallboxen in Deutschland



Quelle: E&M / Pixabay

STATISTIK DES TAGES. Ein Schaubild sagt mehr als tausend Worte: In einer aktuellen Infografik beleuchten wir regelmäßig Zahlen aus dem energiewirtschaftlichen Bereich.



Zur Vollansicht bitte auf die Grafik klicken

Quelle: Statista

Im April 2026 brachte die Bundesregierung ein neues Förderprogramm für private Wallboxen in Mehrparteienhäusern auf den Weg. Das Programm stellt Mittel bis zu 500 Millionen Euro zur Verfügung. Nach zweijähriger Pause ist eine erneute Förderung für private Wallboxen angekündigt worden. Dafür sollen insgesamt 500 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. // VON REDAKTION

[^ Zum Inhalt](#)

MARKTBERICHTE

STROM

Wegen technischer Probleme stehen die Daten unseres Dienstleisters derzeit nicht zur Verfügung. Wir bitten, dies zu entschuldigen.

GAS

Wegen technischer Probleme stehen die Daten unseres Dienstleisters derzeit nicht zur Verfügung. Wir bitten, dies zu entschuldigen.

Mehr Verkehr durch Hormus drückt Gaspreis



Quelle: E&M

MARKTKOMMENTAR. Wir geben Ihnen einen tagesaktuellen Überblick über die Preisentwicklungen am Strom-, CO2- und Gasmarkt.

Uneinheitlich haben die Energiemärkte am Montag notiert. Strom zeigte sich überwiegend leichter, Abgaben wurden auch bei Gas und CO2 registriert, dagegen kletterten Kohle und Erdöl.

Hauptfaktor für die Energiemärkte sind die höheren Lieferungen von Öl und Gas aus der Region am Persischen Golf. Trotz Angriffen auf Schiffe in der Straße von Hormus sind die Rohölausfuhren ohne Iran im September wieder auf Vorkriegsniveau gestiegen. Darauf weisen Daten des Schifffahrtsanalyse-Unternehmens Kpler hin. Grund ist vor allem eine Neuordnung der Exportwege.

Strom: Tendenziell leichter hat sich der deutsche OTC-Strommarkt vor dem Hintergrund der Abgaben bei Gas und CO2 gezeigt. Der Dienstag wurde in der Grundlast mit 202,00 Euro je Megawattstunde gehandelt, für die Spitzenlast mussten 207,50 Euro je Megawattstunde gezahlt werden. An der Börse wurde der Base mit 201,70 Euro und der Peak mit 207,23 Euro gesehen. Am Freitag war der Montag selbst in der Grundlast mit 172,00 Euro je Megawattstunde gehandelt worden.

Grund für den Preisanstieg von Montag auf Dienstag ist der erwartete Rückgang der Erneuerbaren-Einspeisung. Deren Beitrag dürfte am Dienstag laut den Meteorologen von Eurowind 17,4 Gigawatt betragen. Für den Montag waren 24,3 Gigawatt prognostiziert worden. Am Mittwoch soll die Wind- und Solareinspeisung sich noch weiter nach unten entwickeln. Ab Donnerstag hingegen ist mit einer kühleren Witterung, bedecktem Himmel und sehr viel mehr Wind zu rechnen. Laut dem US-Wettermodell dürfte die Starkwindperiode bis Anfang der kommenden Woche anhalten.

Am langen Ende verlor das Strom-Frontjahr 0,65 auf 107,68 Euro je Megawattstunde.

CO2: Schwächer haben sich die CO2-Preise am Montag gezeigt. Der Dec 26 sank bis gegen 13.46 Uhr um 1,11 auf 83,31 Euro je Tonne. Umgesetzt wurden bis zu diesem Zeitpunkt 20,3 Millionen Zertifikate. Das Hoch lag bei 84,24 Euro, das Tief bei 82,35 Euro.

Die für diese Jahreszeit ungewöhnlich milden Temperaturen dürften zunächst noch die Nachfrage nach Stromerzeugung aus Gas dämpfen und den Bären zusätzlichen Rückenwind verleihen. Die Gasvorräte liegen jedoch weiterhin deutlich unter den saisonalen Durchschnittswerten, so dass die europäischen Gasmärkte anfällig für eine mögliche Abkühlung bleiben. Infolgedessen bleibt der kurzfristige Ausblick für EUA trotz der derzeit milderer Wetterbedingungen volatil und birgt Aufwärtsrisiken.

Laut den Analysten von Redshaw Advisors befindet sich signifikante Unterstützung für den Dec 26 erst bei 82,28 Euro. Abwärtsdruck dürfte sich auch aus dem Ablauf der Compliance-Frist mit dem vorangegangenen Monatswechsel ergeben. Im September hatten diesbezügliche Käufe das Preisniveau gestützt.

Erdgas: Die europäischen Gaspreise haben am Montag nachgegeben. Der richtungsweisende Frontmonat am niederländischen TTF sank bis gegen 13.46 Uhr um 2,544 auf 73,556 Euro je Megawattstunde.

Händler brachten die Abgaben mit der tendenziellen Normalisierung des Schiffsverkehrs durch die Straße von Hormus in Verbindung. Zudem zeigt sich der Import aus Norwegen auf einem hohen Niveau. Laut Gassco sind am Berichtstag 326,6 Millionen Kubikmeter Erdgas aus Norwegen nach Europa geströmt. (cdg) // [VON CLAUD-DETLEF GROSSMANN](#)

[^ Zum Inhalt](#)

ENERGIEDATEN:

Strom Spotmarkt:

Wegen technischer Probleme stehen die Daten unseres Dienstleisters derzeit nicht zur Verfügung. Wir bitten, dies zu entschuldigen.

Strom Terminmarkt:

Wegen technischer Probleme stehen die Daten unseres Dienstleisters derzeit nicht zur Verfügung. Wir bitten, dies zu entschuldigen.

Gas Spot- und Terminmarkt:

Wegen technischer Probleme stehen die Daten unseres Dienstleisters derzeit nicht zur Verfügung. Wir bitten, dies zu entschuldigen.

E&M STELLENANZEIGEN



Mitarbeiter:in Spezialtechnik Netzbetrieb (w/m/d)

Mitarbeiter:in Spezialtechnik Netzbetrieb (w/m/d) Job-ID: 4617 Standort: Berlin, Waldstraße 60 Beginn...
in Berlin

vor 6 h

● Festanstellung / Ausbildung ● Weiterbildung / Sabbatical



Ingenieur*in (w/m/d) für Elektrotechnik als Gruppenleitung Stromversorgung

Zum Hauptinhalt springen Zentrale Universitätsverwaltung - Abt. III: Technische Abteilung - Referat IIIC...
in Berlin

vor 6 h

● Spezialist ● Festanstellung / Freie Mitarbeit ● Weiterbildung / Flexible Arbeitszeit



Business Development Manager (w/m/d) Energiewirtschaft

emsys paving the way for renewables Oldenburg bei Bremen Flexible Arbeitszeiten Business Develop...
in Bremen

vor 6 h

● Festanstellung / Freie Mitarbeit ● Homeoffice / Flexible Arbeitszeit / Kantine



Full-Stack Softwareentwickler / Software Engineer für erneuerbare Energien, gern Fachinf...

emsys paving the way for renewables Softwareentwicklung Oldenburg bei Bremen Flexible Arbeitszeit...
in Bremen

vor 6 h

● Festanstellung / Ausbildung / Freie Mitarbeit ● Flexible Arbeitszeit / Kantine



Business Development Manager (w/m/d) Energiewirtschaft

emsys paving the way for renewables Oldenburg bei Bremen Flexible Arbeitszeiten Business Develop...
in Oldenburg

vor 6 h

● Festanstellung / Freie Mitarbeit ● Homeoffice / Flexible Arbeitszeit / Kantine

WEITERE STELLEN GESUCHT? HIER GEHT ES ZUM E&M STELLENMARKT

IHRE E&M REDAKTION:

Stefan Sagmeister (Chefredakteur, CVD print, Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Energiehandel, Finanzierung, Consulting



Davina Spohn (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: IT, Solar, Elektromobilität



Günter Drewnitzky (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Erdgas, Biogas, Stadtwerke



Susanne Harmsen (Büro Berlin)
Schwerpunkte: Energiepolitik, Regulierung



Korrespondent Brüssel: **Tom Weingärnter**
 Korrespondent Wien: **Klaus Fischer**
 Korrespondent Zürich: **Marc Gusewski**
 Korrespondenten-Kontakt: **Kerstin Bergen**



Ständige freie Mitarbeiter:

Volker Stephan

Manfred Fischer

Mitarbeiter-Kontakt: **Kerstin Bergen**



Fritz Wilhelm (stellvertretender Chefredakteur, Büro Frankfurt)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung



Georg Eble (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Windkraft, Vermarktung von EE



Heidi Roider (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: KWK, Geothermie

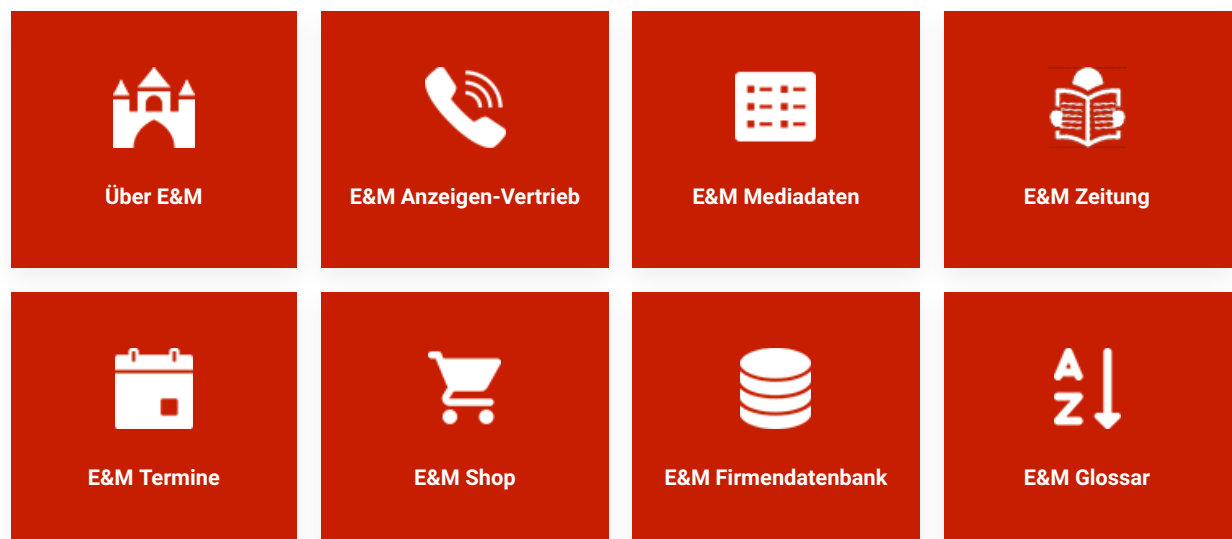


Katia Meyer-Tien (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung, Stadtwerke



Darüber hinaus unterstützt eine Reihe von freien Journalisten die E&M Redaktion.
 Vielen Dank dafür!

Zudem nutzen wir Material der Deutschen Presseagentur und Daten von MBI Infosource.



IMPRESSUM

Energie & Management Verlagsgesellschaft mbH

Mühlfelder Str. 18 a - D-82211 Herrsching

Tel. +49 (0) 81 52/93 11 0 - Fax +49 (0) 81 52/93 11 22

info@emvg.de - www.energie-und-management.de**Geschäftsführer:** Martin Brückner**Registergericht:** Amtsgericht München**Registernummer:** HRB 105 345**Steuer-Nr.:** 117 125 51226**Umsatzsteuer-ID-Nr.:** DE 162 448 530

Wichtiger Hinweis: Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass die elektronisch zugesandte E&M daily nur von der/den Person/en gelesen und genutzt werden darf, die im powernews-Abonnementvertrag genannt ist/sind, bzw. ein Probeabonnement von E&M powernews hat/haben. Die Publikation - elektronisch oder gedruckt - ganz oder teilweise weiterzuleiten, zu verbreiten, Dritten zugänglich zu machen, zu vervielfältigen, zu bearbeiten oder zu übersetzen oder in irgendeiner Form zu publizieren, ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung durch die Energie & Management GmbH zulässig. Zuwiderhandlungen werden rechtlich verfolgt.

© 2026 by Energie & Management GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Gerne bieten wir Ihnen bei einem Nutzungs-Interesse mehrerer Personen attraktive Unternehmens-Pakete an!

Folgen Sie E&M auf:

